

„Mein Ziel ist, Brücken zu bauen“

Im Gespräch mit Dr. med. H. Christian Piper, Präsidiumsmitglied der Landesärztekammer Hessen

Dass Dr. med. H. Christian Piper norddeutsche Wurzeln hat, scheint sich in seiner ruhigen Wesensart auszudrücken. Der in Kiel geborene und seit vielen Jahren in Wiesbaden niedergelassene Internist, Nephrologe und Intensivmediziner strahlt Besonnenheit aus. Selbst in hitzigen Diskussionen trägt er mit sachlichen Argumenten zur Abkühlung der Gemüter bei. Doch wenn er über seine ärztliche und berufspolitische Tätigkeit spricht, zeigt sich Piper, der seit Beginn der Legislaturperiode 2013 – 2018 dem Präsidium der Landesärztekammer Hessen als einer von drei Vertretern des Marburger Bundes angehört, leidenschaftlich engagiert.

In stillem Fahrwasser hat sich der begeisterte Segler nie bewegt. Als Ältester von vier Geschwistern 1950 in einer Arztfamilie zur Welt gekommen, musste er schon als Zehnjähriger nach Wuppertal umziehen. Einige Jahre später folgte der Vater, Professor für Augenheilkunde, einem Ruf nach Lübeck und wurde dort später Dekan der Medizinischen Fakultät. „Lübeck ist für mich bis heute zur gewachsenen Heimat der Familie geworden“, erzählt Piper, der nach dem Abitur in Kiel Medizin studierte und nach dem Examen eine Assistentenstelle im hessischen Darmstadt annahm. Über 25 Jahre arbeitete er am Klinikum Darmstadt, den Universitätskliniken Heidelberg und Mainz sowie an den Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken Wiesbaden. Piper ist Autor von rund 80 wissenschaftlichen Publikationen. Von 1992 bis 2001 leitete er die Abteilung für Nephrologie und Dialyse am Dr.-Horst-Schmidt-Klinikum. 2001 ließ sich der Arzt in einer Gemeinschaftspraxis nieder.

Als Niedergelassener im Marburger Bund? Für H. Christian Piper kein Widerspruch: „Etwa 1995 bin ich noch als Kliniker im Mar-



Foto: K. Möhrle

burger Bund aktiv geworden und habe mich besonders für die Themen Weiter- und Fortbildung eingesetzt. Das ist auch heute noch mein Schwerpunkt.“ Da er sowohl im Krankenhaus als auch in der Praxis stets an der Schnittstelle ambulantstationär gearbeitet habe, sei die Niederlassung kein Bruch gewesen. „Im Gegenteil: Ich sehe mich als Brückenbauer. Mein persönliches Ziel ist es, immer wieder Abgrenzungsbarrieren abzubauen.“ Barrieren, die nach seiner Überzeugung vor allem aus der ambulanten und stationären Budgetierung resultieren. „Dadurch wurden beide Bereiche von Gesetz wegen gegeneinander aufgestellt und zur Abgrenzung im betriebswirtschaftlichen Denken gezwungen. Ein großes Hindernis für die gute Versorgung und die gemeinsame enge Betreuung von Patienten.“

Über den Tellerrand zu schauen – das ist ihm wichtig. Während seiner Zeit an den Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken rief H. Christian Piper den ärztlichen Qualitätszirkel „Aktuelles Forum Therapie in Wiesbaden“ ins Leben, der heute noch unter anderem Namen weiter existiert. Vor 13 Jahren grün-

dete er gemeinsam mit seinem Partner „aus dem Nichts heraus“ eine räumlich und inhaltlich der Asklepios Paulinenklinik angeschlossene internistisch-nephrologische Praxis mit Dialyse in Wiesbaden und Bad Schwalbach. Mit 22 Mitarbeitern – Medizinische Fachangestellte, fachnephrologische Pflegekräfte und Stationshilfen – ein mittlerer Betrieb mit zwei Standorten, der „zeitlich sehr fordert“. Die Praxis bezeichnet Piper als seine Hauptaufgabe. Dennoch gab und gibt es weitere Interessengebiete, denen sich der mit einer Lehrerin verheiratete Vater von drei erwachsenen Kindern voller Engagement widmet. H. Christian Piper war früher für die Arzneimittelkommission der Deutschen Ärzteschaft tätig und arbeitete im Redaktionsbeirat von „KVH aktuell-Pharmakotherapie“ mit, eines von der Kassenzentralen Vereinigung Hessen herausgegebenen Informationsdienstes zur rationellen Arzneimittelverordnung. „Berufspolitische Gedanken haben sich dabei von selbst ergeben.“ Seit 1997 gehört Piper, der 1994 die Ermächtigung zur internistisch-nephrologischen Weiterbildung erhielt, dem Weiterbildungsausschuss der Landesärztekammer Hessen an; 2000 wurde er Mitglied der Delegiertenversammlung. „Weiterbildung ist für mich berufspolitisch zu einem ‚durchlaufenden‘ Thema geworden. Ich zähle zu jenen, die sich 2005 gegen die Abschaffung des

Was sind Ihre wichtigsten Ziele als Präsidiumsmitglied der Landesärztekammer?

Dr. med. H. Christian Piper: Die Fort- und Weiterbildung verbessern, die Strukturen der LÄKH optimieren und die Kammer auch zukünftig dezentral als Serviceanbieterin aufstellen. Dazu gehört, die Einrichtungen vor Ort personell optimal auszustatten.

Wie wollen Sie diese Ziele erreichen?

Piper: Indem ich mich als Brückenbauer dafür einsetze, dass das Präsidium der LÄKH für alle Ärztinnen und Ärzte, ob sie nun ambulant oder stationär tätig sind, eintritt. Außerdem möchte ich die Arbeit in den regionalen Gesundheitskonferenzen unterstützend begleiten, denn die Ärzteschaft muss sich dort breiter aufgestellt einbringen, um etwas für die bestmögliche Patientenversorgung bewirken zu können.

Basis-Internisten aufgelehnt haben“, sagt er im Gespräch. „Und auch in der jetzigen Überarbeitungsphase der Weiterbildungsordnung ist es wieder notwendig, sich zu engagieren.“

Früh machte Piper sich für die Anliegen der Ärztinnen und Ärzte in der Region stark. Von 2000 bis 2004 war er Beisitzer, ab 2004 stellvertretender Vorsitzender und von 2008 bis 2013 Vorsitzender der Bezirksärztekammer Wiesbaden. Jede Bezirks-

ärztekammer habe ihr eigenes Kolorit; Aufgabe sei es, die Serviceorientierung der LÄKH an die Kollegen in der Peripherie heranzutragen, erklärt Piper. Die bei der Bezirksärztekammer Wiesbaden angesiedelte fachkundige Stelle für die betriebsärztliche – sicherheitstechnische Praxisbetreuung bezeichnet er als sein „Baby“. „Beraten, schlichten, vermitteln – und zwar mit Kenntnis der Strukturen vor Ort: Diese ehrenamtliche Tätigkeit hat mir viel Freude gemacht und mir den Einstieg in

die Strukturen der Landesärztekammer geebnet.“ Die Kandidatur für das Präsidium der LÄKH sieht H. Christian Piper als logische Entwicklung. „Nicht Listendenken, sondern nachhaltig tragende Entscheidungen fördern, darum geht es mir bei der Kammerarbeit. Das bedeutet, gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen das ärztliche Berufsfeld und die Patientenversorgung zu optimieren.“

Katja Möhrle

Wegweiser „Demenz“

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gibt im Internet-Informationportal www.wegweiser-demenz.de Tipps, wie sich der Umgang mit Demenzerkrankten im Alltag erleichtern lässt. Mit der Adressdatenbank können örtliche Hilfeangebote recherchiert werden. Hier finden sich auch Erfahrungsberichte.

Neuer Umgang mit der Ressource Personal Personalkongress Kliniken 14. und 15. Mai in Hannover

Thema: Gute Arbeit! Arbeitsgestaltung im Krankenhaus zwischen Mitarbeiterinteressen und Patientenorientierung

Termin: 14. und 15. Mai 2014, jeweils ab 9 Uhr
Ort: Hannover Congress Centrum (HCC)
Veranstalter: Medizinische Hochschule Hannover
Kontakt: per E-Mail an personalkongress@mh-hannover.de

Infos/Anmeldung: www.personalkongress-kliniken.de

Mit hochkarätigen Referenten aus Praxis, Wirtschaft, Politik und Wissenschaft sowie aktuellem Know-how zu Personal- und Klinikstrategie wendet sich der Personalkongress Kliniken an Führungskräfte und Mitarbeiter aus allen Bereichen der Gesundheits- und Sozialwirtschaft.

Gesundheits- und Sozialpolitik

Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) stellt sich vor

Mit seiner neuen Broschüre „Entscheidungen zum Nutzen von Patienten und Versicherten“ gibt der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) Einblick in seine Arbeit. Die Publikation vermittelt Ärzten, Patienten und interessierten Bürgern kompaktes Grundwissen zu diesem wichtigen gesundheitspolitischen Gremium. Anhand exemplarischer Patientengeschichten stellt die Broschüre ausgewählte Entscheidungen des G-BA vor. Zu allen Beispielen geben Kästen vertiefende Informationen zu den Aufgaben des G-BA.

Der G-BA entscheidet über das Leistungsspektrum der gesetzlichen Krankenversicherung, trifft Basisregelungen zur Bedarfsplanung und spielt eine zentrale Rolle bei der Entwicklung von Qualitätssicherungsmaßnahmen. Seine Entscheidungen trifft das Gremium auf Basis des aktuellen Forschungsstandes. Getragen wird es von der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung, der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung, der Deutschen Krankenhausgesellschaft und dem Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenversicherung. An allen Beratungen sind auch Patientenvertreter beteiligt.

Die Broschüre steht im Internet unter <http://www.g-ba.de> (Kapitel Institution/Service/Publikationen) zum Download bereit und kann auch in Druckversion bestellt werden (Adresse: Gemeinsamer Bundesausschuss, Wegelystraße 8, 10623 Berlin oder per E-Mail: info@g-ba.de).